



Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF

Jahresbericht 2018

Tätigkeitsschwerpunkte

- **Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2019**
Lancierung des Videospots «halbe-halbe – Mehr Frauen in die Politik»
Parteiengespräche
- **Stellungnahmen im Vernehmlassungsverfahren**
 - Stellungnahme zur Änderung des Familienzulagengesetzes
 - Stellungnahme zur Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen
 - Stellungnahme zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister)
 - Stellungnahme zum Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»)
 - Stellungnahme zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)
 - Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung
- **Publikation der Fachzeitschrift «Frauenfragen» mit dem Schwerpunkt «Das Private ist politisch»**

1. Die Arbeit der Kommission

1.1 Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2019

Am 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, lancierte die EKF den Videospot «halbe-halbe – Mehr Frauen in die Politik». Die Kommission will damit mehr Frauen motivieren, sich politisch zu engagieren und die Schweiz mitzugestalten. Im Spot sprechen aktive Politikerinnen aus sieben Parteien und allen Landesteilen über ihre Arbeit. Der dreisprachige Spot (de, fr, it) richtet sich an ein breites Publikum und wurde anlässlich eines Medienfrühstücks im Käfigturm in Bern den Medien vorgestellt. Lanciert wurde der Videospot mit einer Kletterpartie am Käfigturm unter dem Titel «Wir lassen uns nicht aufhalten».

Eine wichtige Rolle für die Erhöhung der Frauenvertretung in der Politik kommt den Parteien zu. Deshalb präsentierten Vertreterinnen der EKF ihr Anliegen für mehr Frauen im Parlament im Zeitraum von März bis November folgenden Parteien: Grüne Partei Schweiz, FDP Schweiz, CVP Schweiz, BDP Schweiz, Grünliberale Partei Schweiz und der SP Schweiz. Je nach aktueller Situation in den jeweiligen Parteien tauschten sich die Anwesenden darüber aus, welche Unterstützungsmassnahmen für Frauen im Hinblick auf die kommenden Wahlen

2019 sinnvoll sein könnten. Auch mit der SVP Schweiz war ein solcher Gedankenaustausch geplant; dieser Termin kam mangels Anmeldungen von Seiten der SVP nicht zustande.

1.2 Stellungnahmen der EKF im Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme zur Änderung des Familienzulagengesetzes (FamZG) (März)

Die EKF begrüsst den Revisionsentwurf des Familienzulagengesetzes (FamZG). Arbeitslose Mütter, die eine Mutterschaftsentschädigung beziehen, sollen ebenfalls Anspruch auf eine Familienzulage haben. Dadurch wird eine stossende Lücke im FamZG beseitigt und schweizweit gleiche Rechte für arbeitslose (erwerbslose) alleinstehende Mütter geschaffen.

Stellungnahme: <https://www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstimmungen.html>

Stellungnahme zur Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen (Mai)

Die Kommission unterstützt den Gesetzesentwurf, verlangt jedoch, die Neuerung allen Frauen zugutekommen zu lassen, die Anspruch auf Erwerbsersatz bei Mutterschaft haben, unabhängig davon, ob und allenfalls zu welchem Zeitpunkt sie ihre Erwerbstätigkeit nach dem Mutterschaftsurlaub wiederaufnehmen. Auch hinsichtlich einem vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub sieht die EKF durchaus politischen Handlungsbedarf.

Stellungnahme: <https://www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstimmungen.html>

Stellungnahme zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister) (September)

Die EKF begrüsst die Vereinfachung der Änderung von Vornamen und Geschlecht im Personenstandsregister. Dass durch die vorliegende Revision die Änderung des Geschlechts und des Vornamens im Personenstandsregister auch von Kindern und Erwachsenen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung unbürokratischer ablaufen soll, kann von der EKF ebenfalls vollumfänglich unterstützt werden. Der Vorentwurf erfüllt die Anliegen der Transmenschen aber nur teilweise und an einigen Stellen wird die Situation sogar erschwert. Die Kommission hat deshalb beantragt, dass jede urteilsfähige Person gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten schriftlich oder mündlich erklären kann, dass sie ihren Geschlechtseintrag ändern lassen will.

Stellungnahme: <https://www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstimmungen.html>

Stellungnahme zum Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot (indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot») (September)

Die EKF hat sich in ihrem Positionspapier von 2017 eingehend mit frauendiskriminierenden kulturellen und religiösen Praktiken beschäftigt. Für die EKF negiert die Gesichtsverschleierung die Identität und Individualität der Frau und sexualisiert sie auf herabwürdigende und frauenverachtende Weise. Sie zählt zu den frauendiskriminierenden gesellschaftlichen Praktiken, die der Staat zu bekämpfen verpflichtet ist. Ein allgemeines Verbot der Gesichtsverschleierung im öffentlichen Raum erachtet die EKF nicht als zielführend. Dies schliesst hingegen nicht aus, dass Behörden die Gesichtsverschleierung beim Zugang zu staatlichen Einrichtungen und Dienstleistungen untersagen dürfen. Die Kantone sollen angehalten werden, das Tragen von Gesichtsverschleierungen in Schulen und Hochschulen zu verbieten.

Stellungnahme: <https://www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungsstimmungen.html>

Stellungnahme zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) (September)

Die Kommission lehnt die vorgeschlagene Erhöhung des Rentenalters für Frauen von 64 auf 65 Jahre aus gleichstellungs- und sozialpolitischen Gründen ab. Eine formale Gleichstellung beim Rentenalter ändert nichts an der diskriminierenden Ausgangslage der Frauen zum Aufbau der Altersvorsorge. Die EKF sagt ja zu einer Zusatzfinanzierung zur Sicherung der Renten und plädiert für einen Mix von Lohnbeiträgen und Mehrwertsteuer. Der notwendige Finanzierungsbedarf soll solidarisch über alle Altersgruppen und Einkommensklassen verteilt werden. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Variante I als Ausgleichmassnahme für die Rentenaltererhöhung der Frauen ist unbefriedigend; so ist die gewählte Lohnhöhe von 56'400 Franken zu tief. Die in Variante II vorgeschlagene Anpassung der Rentenformel für tiefe und mittlere Einkommen darf nicht auf die Übergangsgeneration der Frauen beschränkt werden.

Stellungnahme: <https://www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungssternnahmen.html>

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung (September)

Die Kommission begrüsst den Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege. Im Hinblick auf eine möglichst hohe Rechtssicherheit formuliert die EKF Präzisierungsvorschläge. Sie befürwortet die vorgesehene Lohnfortzahlung für die Betreuung von kranken und verunfallten Kindern sowie von anderen kranken oder verunfallten verwandten oder nahestehenden Personen. Sie spricht sich zudem für eine (längere) Dauer eines bezahlten Betreuungsurlaubs für Eltern gesundheitlich schwer beeinträchtigter Kinder aus und plädiert für eine Erweiterung der Betreuungsgutschriften in der AHV.

Stellungnahme: <https://www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/vernehmlassungssternnahmen.html>

1.3 Publikation «Frauenfragen» 2018

Schwerpunktthema der Ausgabe 2018 der Fachzeitschrift „Frauenfragen“ ist «Das Private ist politisch». Frauen machen seit jeher Politik: Sie kämpften und kämpfen – mit oder ohne Stimm- und Wahlrecht – für ihr Recht auf Bildung, Arbeit und gleichen Lohn und gegen Sexismus. Der Landesstreik 1918, der Basler Lehrerinnenstreik 1959, der «Marsch nach Bern» 1969 (angeführt von Emilie Lieberherr, die 1976 erste Präsidentin der EKF wurde), die Neue Frauenbewegung ab 1968, der Frauenstreik 1991, der Women's March 2017 bis hin zur Demonstration für Lohngleichheit 2018 sind Beispiele dafür, wie wichtig es ist, dass Frauen sich öffentlich und lautstark zu Wort melden. In diesem Heft fragt die EKF nach den Motiven von Aktivistinnen, ihren Aktionsformen und Zielen. Dabei zeigt sich, wie heutiges Engagement vom Blick zurück profitieren kann.

Die Zeitschrift «Frauenfragen» erscheint jeweils im November als Jahresheft. Die Artikel sind auch auf der EKF-Website verfügbar:

<https://www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/fachzeitschrift--frauenfragen-/frauenfragen-2018.html>

1.4 Weitere Themen

Webdokumentation: «Frauen Macht Geschichte»

Von 1848 bis heute: Die Webdokumentation «Frauen Macht Geschichte» vermittelt die wichtigsten Daten und Fakten zu Politik, Recht und Bildung. Verfügbar ist die Dokumentation als PDFs auf der Website der EKF in deutscher, französischer und italienischer Sprache:

www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/dokumentation/geschichte-der-gleichstellung--frauen-macht-geschichte.html

Die Dokumentation wird im Laufe des Jahres 2019 eine neue, benutzungsfreundlichere Struktur erhalten, die einen schnelleren Überblick über die Themen ermöglicht und die gleichzeitig unkomplizierter zu Updaten ist.

Umsetzung des UNO-Frauenrechtsübereinkommens CEDAW in der Schweiz

Da die jährliche Aktualisierung des von der Kommission als Pilotprojekt entwickelten Online-Tools zu CEDAW jeweils mit beträchtlichem Ressourcenaufwand verbunden ist, wurden Kooperationsmöglichkeiten mit Bundesstellen und Organisationen abgeklärt. Dies im Bestreben, dem bisher von der EKF entwickelten elektronischen Leitfaden künftig eine breitere Basis zu verschaffen und die weitere technische Betreuung und Finanzierung zu sichern. Als Option zeichnete sich eine Kooperation mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte SKMR bzw. seiner Nachfolgeorganisation ab. Da der Bundesrat jedoch entgegen seiner ursprünglichen Absicht im Jahr 2018 keine Botschaft ans Parlament vorlegte und sich nicht dazu äusserte, mit welchem Mandat und zu welchem Zeitpunkt eine ständige nationale Menschenrechtsinstitution geschaffen wird, konnte das Projekt nicht weiterverfolgt werden. Damit das Online-Tool dennoch von interessierten Kreisen weiter genutzt werden kann, entschied die EKF, nochmals eine Aktualisierung des elektronischen Leitfadens mit Stichtatum 1. Januar 2019 vorzunehmen. Die aktualisierte Version soll im Laufe von 2019 aufgeschaltet werden.

Die von der EKF engagierte Expertin Erika Schläppi stellte das Online-Tool überdies an der Hauptversammlung der Juristinnen Schweiz zur UN-Frauenrechtskonvention CEDAW am 28. Juni 2018 in Aarau und an einer Sitzung der Rechtskommission der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten am 6. September 2018 in Bern vor.

Elternurlaub / Elternzeit

Die EKF setzt sich für die Einführung einer gesetzlich geregelten und bezahlten Elternzeit von mindestens 24 Wochen für Mütter und Väter ein (vgl. hierzu auch den Jahresbericht 2017). Sie nahm deshalb mit Bedauern zur Kenntnis, dass der Bundesrat am 18. Oktober 2017 die Ablehnung der Eidgenössischen Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» beschloss und auf einen Gegenvorschlag verzichtete. Zuhanden der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) nahm die EKF-Präsidentin im August 2018 dazu Stellung. Im ersten Quartal 2019 wird die EKF eine Vernehmlassungsstellungnahme zum indirekten Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubsinitiative der SGK-S abgeben (18.441 Parlamentarische Initiative. Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubsinitiative, bis 02. März 2019 in der Vernehmlassung).

Rehabilitierung der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen

Der im Jahr 2013 initiierte Runde Tisch für die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen wurde nach insgesamt 15 Sitzungen am 8. Februar 2018 aufgelöst. Die Geschäftsführerin der EKF nahm mit beratender Funktion am Runden Tisch teil, dessen Arbeiten entscheidend dazu beigetragen haben, dass dieses dunkle Kapitel der schweizerischen Sozialgeschichte, das auch viele Frauen betroffen hat, beleuchtet wird. Neben der historischen Aufarbeitung ermöglicht ein neues Bundesgesetz finanzielle Solidaritätsbeiträge an die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen. An einer Abschlussfeier im Kursaal Bern würdigte Bundesrätin Simonetta Sommaruga am 17. Mai 2018 die Tätigkeit des Runden Tisches.

Übersetzung von «Frauen im Laufgitter» von Iris von Roten auf Französisch

Anlässlich des 100. Geburtstags von Iris von Roten, Juristin und Frauenrechtlerin, hatte die EKF Ende 2017 zu einer nationalen Veranstaltung eingeladen. Dabei wurde von verschiedener Seite angeregt, dass ihr Hauptwerk von «Frauen im Laufgitter. Offene Worte zur Stellung der Frau» auch dem französischsprachigen Raum zur Verfügung gestellt werden sollte. In Zusammenarbeit mit Hortensia von Roten und Wilfried Meichtry, Autor eines Buches über Iris und Peter von Roten, wurden erste Abklärungen getroffen, ob ein Verlag in der französischsprachigen Schweiz gefunden werden kann, der eine Übersetzung publizieren würde und welche Finanzierung für dieses Projekt gefunden werden könnte. Diese Abklärungen sind noch im Gang.

Veranstaltungen und Kontakte

Das Präsidium und/oder die Geschäftsführerin der EKF nahmen 2018 an diversen Veranstaltungen teil und brachten die Anliegen der Kommission ein. Namentlich zu erwähnen sind:

- 19. Januar: 13. Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB zum Thema «Unsere Zeit ist mehr wert!» (Grusswort der EKF)
- 08. März: «Vorbilder machen Mut». Veranstaltung des «Frauennetz Liechtenstein» und der «Frauen in guter Verfassung» zum Internationalen Frauentag in Vaduz
- 13. März: Treffen der Geschäftsstellen der ausserparlamentarischen Kommissionen
- 11. April: Teilnahme am Round-Table «Prostitution» der Frauenzentrale Zürich
- 16. April: Informationsveranstaltung des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann EBG und des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA zur Session der UN Commission on the Status of Women (CSW) im März 2018
- 03. Mai: Veranstaltung des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zu «Familien in der Schweiz: Gefangen in traditionellen Formen?» in Bern
- 24. Mai: Teilnahme an der Generalversammlung des SKF in Zug
- 07. Juni: Fachtagung «Trauma durch häusliche Gewalt», organisiert durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt, der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik und dem TriRegio Netzwerk Psychotraumatologie im Basler Rathaus (anlässlich der 50. Sitzung des Runden Tisches Häusliche Gewalt)
- 14. Juni: Gründungsversammlung des Vereins CH 2021 (50 Jahre Frauenstimm- und Wahlrecht)
- 05. Juli: Einladung der kanadischen Botschafterin Susan Bincoletto zur Feier des kanadischen Unabhängigkeitstages in der Botschaft Kanadas in Bern
- 21. August: Teilnahme und Input zum Themenabend «Es wird gefordert: politische Partizipation!» im Museum Altes Zeughaus in Solothurn
- 30. August: jährliches Arbeitstreffen des EBG mit Frauen-, Männer- und Gleichstellungsorganisationen
- 20. September: Arbeits- und Vernetzungstreffen mit kantonalen Gleichstellungskommissionen
- 01. November: Sitzung mit Phumizile Mlambo-Ngcuka, Exekutivdirektorin von UN Women in Bern
- 08. November: Beiratssitzung des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR)
- 13. November: Nationale Konferenz «Ratifikation und Umsetzung der Istanbul-Konvention» des EBG
- 13. November: Präsidentinnenkonferenz von alliance F in Bern

- 27. November: Fachtagung «Minderjährigenheiraten in der Schweiz – eine gravierende Menschenrechtsverletzung», SEM Staatssekretariat für Migration in Bern
- 29. November: Jubiläumsanlass der Eidg. Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ (40 Jahre EKKJ) in Bern
- 11. Dezember: Teilnahme an der Lancierung von «Politfrauen» auf der Website des Parlaments auf Einladung von Marina Carobbio, Nationalratspräsidentin

2. Die EKF als ausserparlamentarische Kommission des Bundes

3.1 Plenum

2018 traf sich die Kommission zu drei Plenarsitzungen: am 21. März, 19. September und 28. November in Bern. Das Plenum vom 21. März fand im Haus der Religionen statt; die Kommission liess sich anlässlich einer Führung über die Angebote und Ziele dieser Einrichtung informieren.

3.2 Präsidium

Geschäftsausschuss und Sekretariat der EKF führten ihre Planungs- und Koordinationssitzungen 2018 an folgenden Daten durch: 30. Januar, 27. Februar, 17. April, 15. Mai, 2. Juli, 30. Oktober, 11. Dezember.

3.3 Geschäftsstelle

Die drei Mitarbeiterinnen des Sekretariats teilen sich 150 Stellenprozent (Geschäftsführerin 65 %, wissenschaftliche Mitarbeiterin 35 %, administrative Assistentin 50 %). Die wissenschaftliche Praktikumsstelle der EKF umfasst 80 Stellenprozent.

2.4 Budget

Die Kommission verfügte 2018 über ein Budget von 194'700 CHF (2017: 187'545 CHF).

3.5 Kommissionsmitglieder

Vollständige Mitgliederliste unter: www.ekf.admin.ch/ekf/de/home/die-ekf/mitglieder.html

3. Ausblick auf die Kommissionstätigkeit 2019

Themen

Bekämpfung von Geschlechterstereotypen und Sexismus

Schutz der persönlichen Integrität / Schutz vor Gewalt

Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2019

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit

Entwicklungen in der Care-Arbeit

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Soziale Sicherheit

Umsetzung CEDAW

Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen für die Legislaturperiode 2020-2023

Ständige Aufgaben

Stellungnahmen zu frauen- und gleichstellungsrelevanten Gesetzesvorlagen sowie Mitarbeit an Gesetzesrevisionen

Publikation von Stellungnahmen und Aktivitäten der Kommission zu aktuellen Themen auf der EKF-Website

Publikation der Fachzeitschrift «Frauenfragen»

Durchführung von Anlässen / Mitarbeit und Teilnahme an Veranstaltungen

Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Projekten des Bundes

Austausch und Zusammenarbeit mit Fachkreisen, Organisationen und Institutionen